

Ihr:e Gesprächspartner:in:

Andreas Stangl

Mag.<sup>a</sup> Dagmar Andree

Präsident der AK Oberösterreich

AK OÖ / Abteilung Wirtschafts-,  
Sozial- und Gesellschaftspolitik

**IFES-Umfrage: Höchstes Vertrauen  
in die Arbeiterkammer bei der  
Bekämpfung der Teuerung**

Pressekonferenz

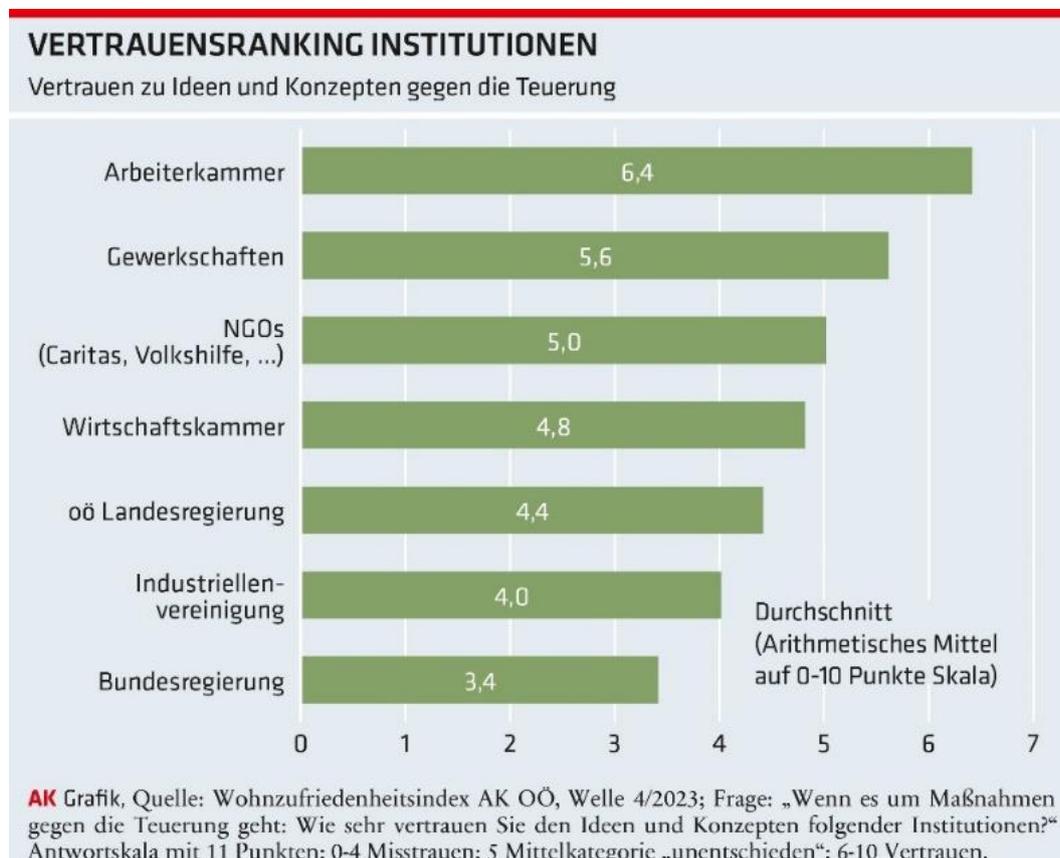
Mittwoch, 14. Februar 2024, 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet von Krisen. Arbeitnehmer:innen standen dabei vielfach als Verlierer:innen da, während große Konzerne viel zu oft ihre Profite auf dem Rücken der Menschen weiter ausbauen konnten. Als AK haben wir, gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem ÖGB, immer vehement Lösungsvorschläge in die politische Debatte eingebracht.

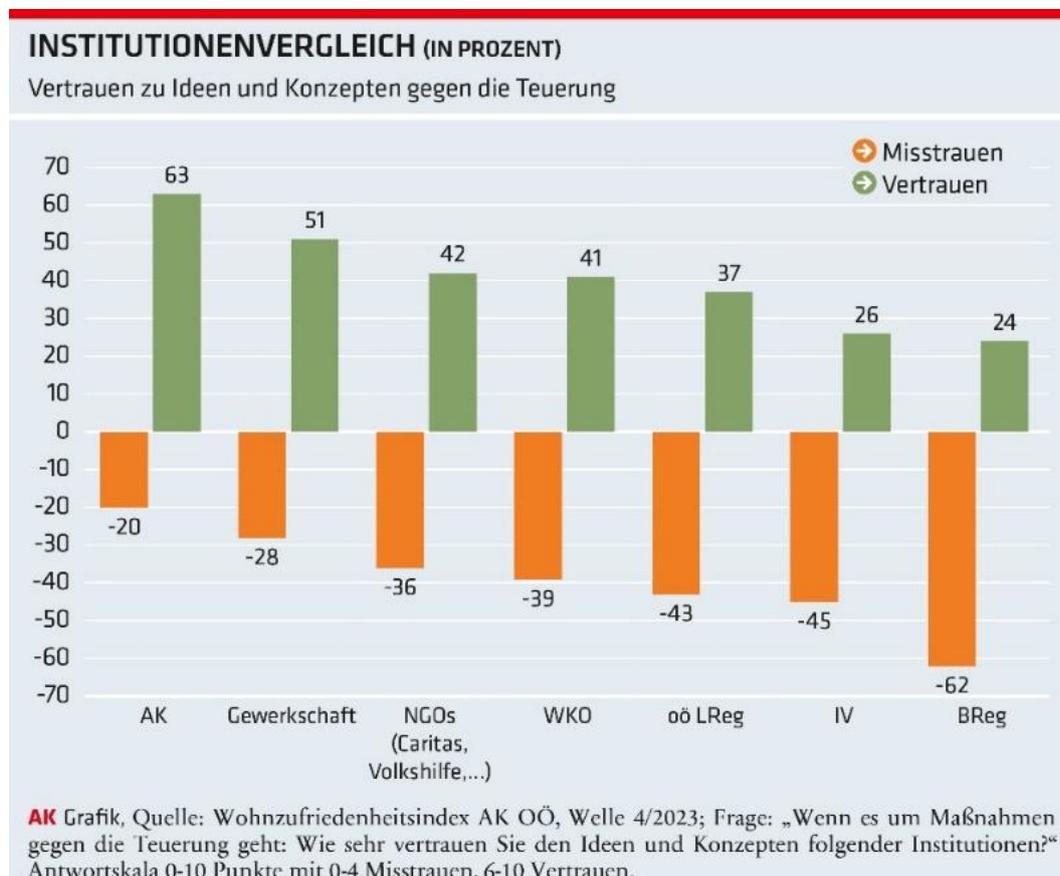
Die Bundesregierung und auch die oö. Landesregierung haben jedoch unsere Vorschläge weitgehend ignoriert, da sie aus ideologischen Gründen jeden Markteingriff ablehnen – auch wenn der Markt versagt. Statt auf nachhaltige und rasch preisdämpfende Maßnahmen zu setzen, gab es Einmalzahlungen, die schnell verpufft sind. Die Inflation blieb so in den unrühmlichen Spitzenrängen innerhalb der EU, was gegenüber den Menschen verantwortungslos ist und dramatische Auswirkungen hat.

Die AK-Mitglieder wissen, dass es bessere Rezepte gegen die Teuerung gibt, die AK ist dafür eine starke Stimme. Ergebnisse einer IFES-Studie zeigen, dass die Menschen großes Vertrauen in die Arbeiterkammer haben. Und sie stehen auch hinter jenen Maßnahmen, die wir im Kampf gegen die Teuerung immer noch vehement fordern.

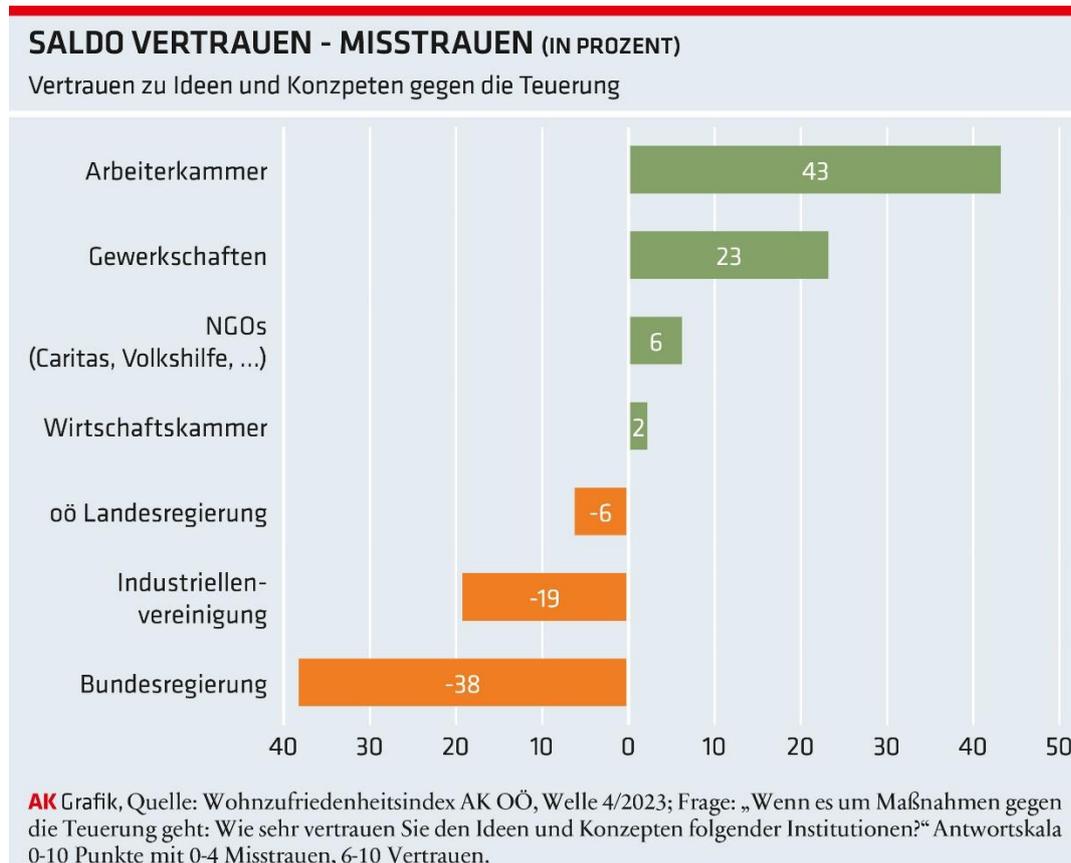


Die Ergebnisse basieren auf einer Befragung, die Ende des Jahres 2023 im Auftrag der AK OÖ durchgeführt wurde. Befragt wurden rund 1.000 AK-Mitglieder. Auf einer Skala von null bis zehn Punkten kommt die Arbeiterkammer bei der Beurteilung ihrer Konzepte gegen die Teuerung durch ihre Mitglieder auf einen Durchschnittswert von 6,4. Danach folgen die Gewerkschaften (5,6) sowie soziale Organisationen wie Volkshilfe und Caritas mit 5,0. Die Regierung liegt mit 3,4 an letzter Stelle.

Wenn man die Institutionen miteinander vergleicht, so vertrauen nur 24 Prozent der Befragten der Bundesregierung in Sachen Bekämpfung der Teuerung. 62 Prozent misstrauen ihr – ein erschreckender Wert. Das zeigt auch den großen Frust der Bevölkerung über das Nichthandeln der Regierung bei der Teuerung, obwohl so viel versprochen wurde. Auch die Industriellenvereinigung (45% Misstrauen), die öö. Landesregierung (43%), und die Wirtschaftskammer (39%) schneiden in diesem Ranking schlecht ab. Während die AK mit 63 Prozent hohes Vertrauen genießt. Und nur 20 Prozent der Meinung sind, dass die AK in Sachen Teuerung nicht so viel einbringen kann.



Wenn man Vertrauens- und Misstrauenswerte zusammenzählt, schneidet die AK mit 43 Pluspunkten „Überhang“ deutlich am besten ab, gefolgt von den Gewerkschaften (+23). Die Bundesregierung hat auch hier mit minus 38 Punkten den schlechtesten Wert. Die Wirtschaftskammer (+2), die öö. Landesregierung (-6) und die Industriellenvereinigung (-19) können ebenfalls nicht überzeugen.



### Alter und Bildung spielen nur geringe Rolle

Die älteren Arbeitnehmer:innen vertrauen ihren Interessenvertretungen in überdurchschnittlichem Ausmaß. Hingegen sind sie der Bundesregierung gegenüber besonders misstrauisch. Bezüglich der Landesregierung überwiegt das Misstrauen nur leicht. In dieser Bewertung spiegelt sich vermutlich auch die Einschätzung betreffend Zuständigkeiten und Umsetzungskompetenzen wider. Die Bundesregierung nützt einfach viele der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen die Teuerung nicht!

Bei den über 50-Jährigen schneidet die Arbeiterkammer mit 68 Prozent Vertrauen besonders gut ab! Über alle Altersgruppen hinweg beträgt das Vertrauen in die AK 63 Prozent. Das Geschlecht und die Bildung wirken sich hingegen nur mit relativ

geringfügigen Unterschieden auf das Urteil der Befragten aus. Auch die Wohnform (Eigentum oder Miete) macht fast keinen Unterschied.

### **Starke Abweichungen bei niedrigen Einkommen**

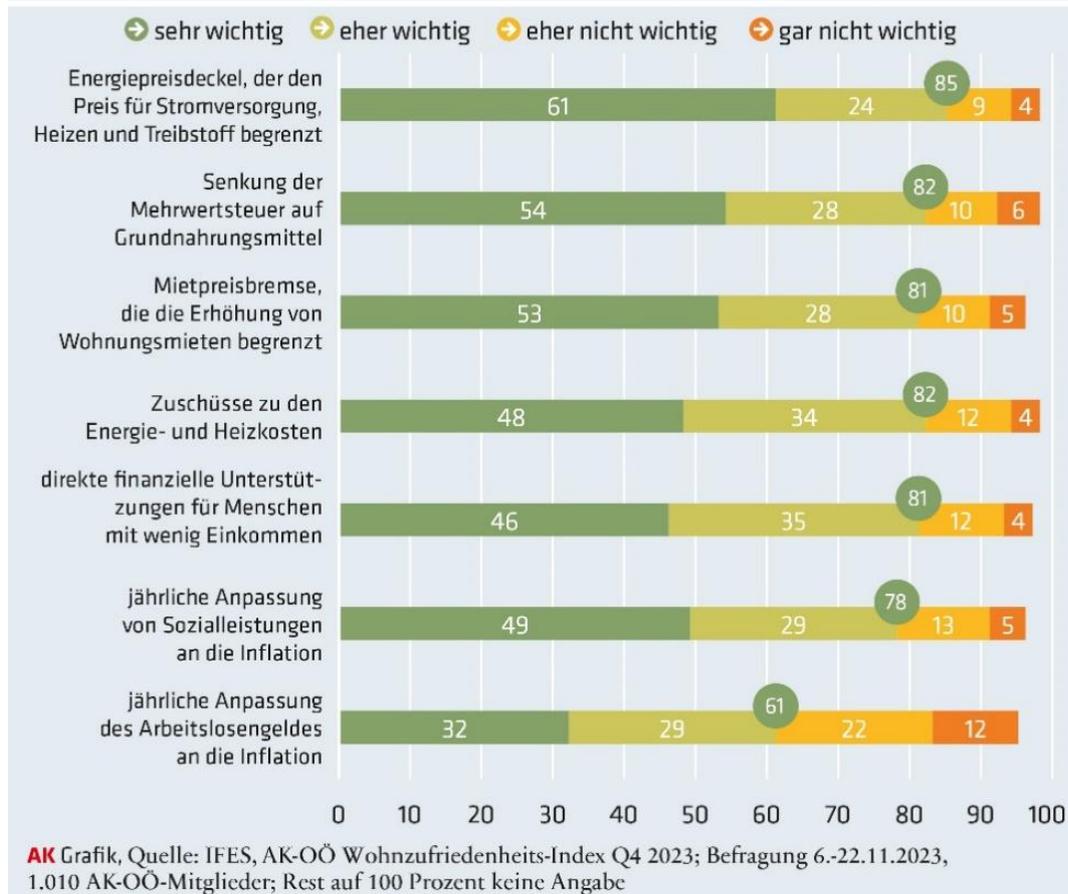
Deutliche Unterschiede ergeben sich hingegen, wenn man Menschen mit niedrigen Einkommen betrachtet. Bei ihnen kann man ein überdurchschnittlich hohes Misstrauen allen Einrichtungen gegenüber feststellen. Jene Menschen, für die das Einkommen zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten nicht mehr ausreicht, misstrauen der Bundesregierung gar zu 73 Prozent, der Landesregierung zu 64 Prozent, der Industriellenvereinigung zu 54 Prozent, der Wirtschaftskammer zu 51 Prozent und den sozialen Organisationen wie Caritas und Volkshilfe zu 49 Prozent. Selbst die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer müssen in dieser Gruppe mit 43 bzw. 37 Prozent Misstrauen leben. Das ist ein klarer Auftrag, noch stärker als bisher darum zu kämpfen, dass sich die Situation von Menschen mit niedrigem Einkommen deutlich verbessert. Denn wenn sich Menschen im Stich gelassen fühlen, dann verabschieden sie sich oft auch aus der Gesellschaft und wenden sich politischen Kräften zu, die zu komplexen Problemen vermeintlich einfache Lösungen anbieten.

### **Die AK weiß, was ihre Mitglieder brauchen**

Die Forderungen der AK gegen die hohe Inflation und gegen die hohen Preise genießen bei ihren Mitgliedern sehr hohe Zustimmung: Als wichtigste Maßnahme wird der Preisdeckel für Energie (Strom, Heizen, Treibstoff) gesehen, den 85 Prozent für sehr (61 %) oder eher (24 %) wichtig halten. Es folgen fast gleichauf die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und die Mietpreis-Bremse mit einer Zustimmung von gut 80 Prozent. Selbst die Maßnahme mit der niedrigsten Zustimmung wird noch von fast zwei Dritteln der Befragten als sehr wichtig oder wichtig eingestuft, nämlich die automatische Anpassung des Arbeitslosengeldes an die Inflation.

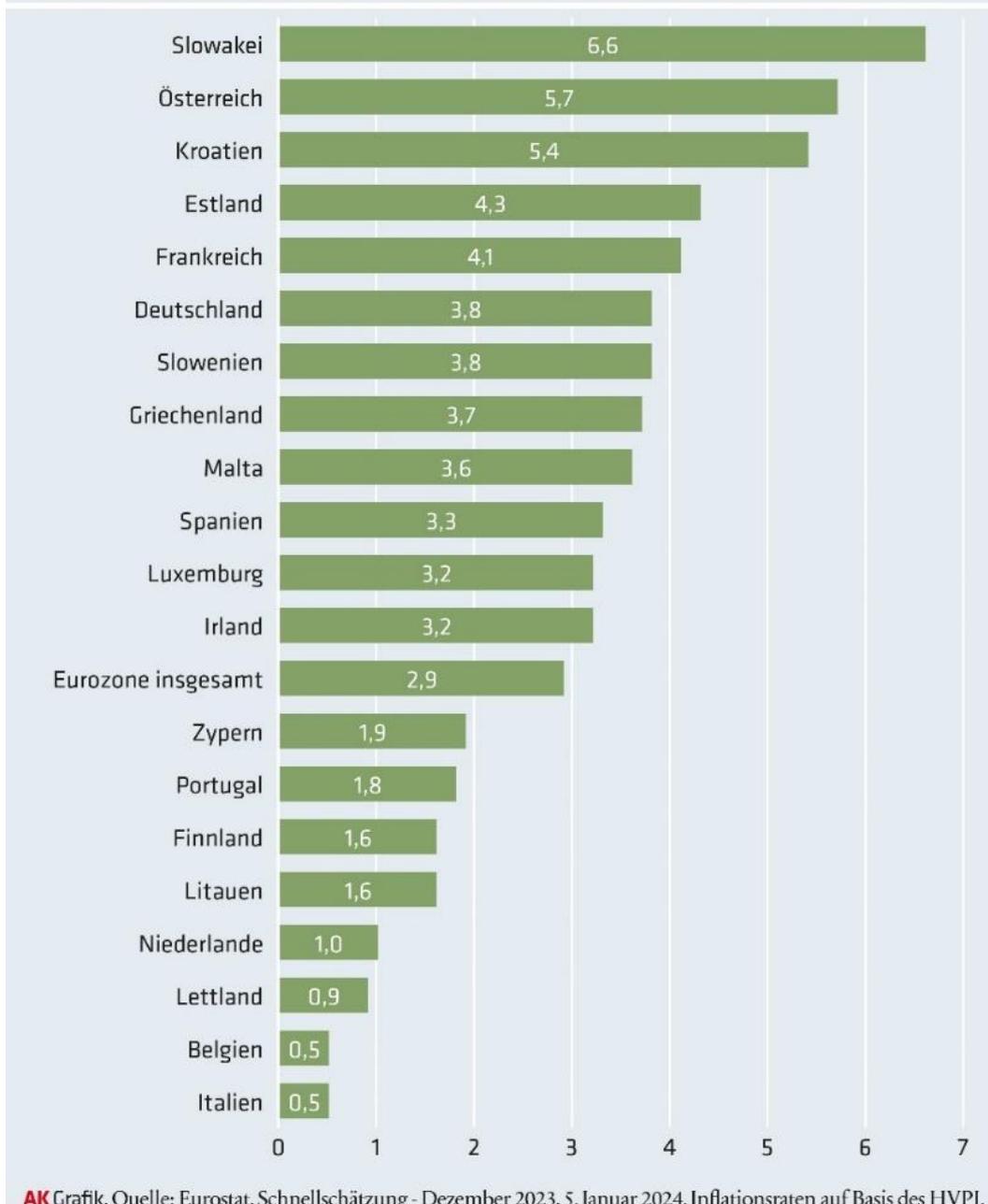
## ZUSTIMMUNG ZU MASSNAHMEN GEGEN DIE TEUERUNG (IN PROZENT)

„Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen gegen die Teuerung?“



Die AK OÖ liegt also mit ihren Konzepten und Forderungen sehr nahe an den Sorgen und Nöten der Menschen. Diese Vorschläge haben wir von Anfang an gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem ÖGB eingebracht, sie wurden aber zu Beginn von der Regierung im naiven Vertrauen auf die Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte abgelehnt und dann nur halbherzig und teilweise umgesetzt. In den meisten anderen europäischen Ländern war das anders und die Inflation war daher dort durchwegs deutlich geringer. Im Euroraum liegt Österreich bei der Höhe der Teuerung auf dem unrühmlichen zweithöchsten Platz.

## INFLATION EUROZONE, DEZEMBER 2023 (IN PROZENT ZUM VORJAHRESMONAT)



### Reform-Unwille der Regierung: Schaden für Österreich

Wäre Österreich den Weg vieler anderer Industriestaaten gegangen und hätte ordnungspolitisch vor allem in die Energiemärkte eingegriffen, dann würde unser Land jetzt nicht bei den Wachstumsprognosen der OECD auf dem traurigen drittletzten Platz liegen.

Dass die Inflation in Österreich höher als in Resteuropa ist, ist laut OECD vor allem auf fehlende Interventionen bei den Energiepreisen zurückzuführen (*siehe OECD Economic Outlook, November 2023*). Daher braucht es jetzt dringend strukturelle Eingriffe in die Preise auf Energie, Wohnkosten und Lebensmittel. Die Regierung muss endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen, die Menschen ernst nehmen, und jene Maßnahmen umsetzen, die wirklich helfen.

**Deshalb fordern wir als AK OÖ die folgenden Maßnahmen:**

- Preisdeckel für Energie (Strom, Fernwärme, Heizen, Treibstoff)
- Befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs sowie Kontrolle durch eine Preiskommission
- Eine Mietpreisbremse mit einer maximal erlaubten Indexierung von zwei Prozent pro Jahr für alle Mieten und einen 800 Euro Wohnbonus für alle Wohnformen
- Mehr Druck auf europäischer Ebene auf eine Abkehr vom Merit-Order-Prinzip bei der Strompreisbildung
- Schließen von bestehenden Lücken in der Anpassung von Sozialleistungen an die Inflation, etwa eine Reparatur der Schutzklausel am Pensionskonto
- Jährliche Anpassung der arbeitslosen Einkommen an die reale Teuerung und Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf mindestens 70 Prozent des letzten Einkommens